



---

## **Resolution**

### **Solidarität zwischen den Generationen- Alterung als Herausforderung für die Zukunft der Kommunen**

Konferenz der  
Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE)  
Samstag, 7. Juli 2007, Wien

Der demographische Wandel wird in unseren Städten und Gemeinden zu einem veränderten Verhältnis zwischen den Altersgruppen führen. Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst und dieser Trend wird sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich fortsetzen. Unsere Gesellschaft ist verstärkt auf das Miteinander der Generationen angewiesen. Solidarität unter den Generationen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz bekommen für das Zusammenleben einen bedeutenderen Stellenwert. Dabei ist die steigende Lebenserwartung Ausdruck von gelungenem Fortschritt. Die hinzugewonnenen Jahre bedeuten für die allermeisten mehr aktive und gesunde Lebenszeit.

Im Zuge des demographischen Wandels sollte sich „SeniorInnenpolitik“ als neue Querschnittsaufgabe verstehen. Auch wenn in vielen Kommunen die Verwaltung und Finanzierung von Pensionistenwohnhäusern, Pflegehäusern, sozialen Diensten und SeniorInnenkurse überwiegen, kann sich eine auf Prävention und den sozialen Zusammenhalt der Generationen ausgerichtete moderne SeniorInnenpolitik nicht auf reine Sozial- und Gesundheitspolitik beschränken.

Das soziale Miteinander im Alter sollte die Schranken der Isolation überwinden, damit die Abhängigkeit von institutioneller Hilfe abnimmt und Selbsthilfe möglich ist. Das Miteinander im Alter und zwischen den Generationen sollte eine neue Qualität entwickeln, damit das Ziel eines möglichst lange selbstbestimmten Lebens erreicht werden kann.

Ziel kommunaler Politik ist es, das Verbleiben älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung und örtlichen Gemeinschaft zu sichern und ihre selbstständige Lebensführung zu unterstützen. Die menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter sollen erhalten und eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Die stark wachsende Gruppe von älter werdenden Menschen mit Migrationshintergrund muss unsere Beachtung finden.

Die Kommunen sollten sich verstärkt als Moderator und Koordinator für die Vernetzung von Dienstleistungsangeboten verstehen und innovative Anstöße geben. Sie können Netzwerkarbeit zur Erhöhung der Lebensqualität des sozialen Umfeldes im jeweiligen Ortsteil leisten. Dazu zählen z.B. die Zusammenführung gleicher Interessen, Anregung zu ehrenamtlicher Tätigkeit, die Ermöglichung von Selbsthilfe, die Verbindung von Generationen, der verstärkte Aufbau von Versorgungs- und Beziehungsnetzen in der Nachbarschaft oder die Organisation und Sicherstellung der Mobilität. Eine Einrichtung in der Kommune soll Anlaufstelle und Drehscheibe für Information, Kontakt und Beratung sein. In vielen Städten und Gemeinden gibt es bereits derartige Ansätze. Für viele kleine Gemeinden kann es sinnvoll sein, gemeinsam mit Nachbargemeinden Initiativen aufzubauen und zu entwickeln. Netzwerkarbeit und vergleichbare Ansätze bedürfen insbesondere in dünner besiedelten Regionen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Daneben muss eine ausreichende gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur bestehen, die Betreuung und Versorgung der Hilfebedürftigen gewährleistet. Dazu bedarf es der Angebote zur Unterstützung der Familienangehörigen, ambulante Dienste, Möglichkeiten der Tages- und Kurzzeitpflege bis hin zu stationären Einrichtungen. Die Fragen der Kosten dürfen nicht nur zu Lasten der Kommunen beantwortet werden.

### **Altengerechtes Wohnen und Wohnumfeld**

Wohnqualität und Nachbarschaft sind eine zentrale Frage für die Sicherung einer selbständigen Lebensführung. Dabei geht es sowohl um die Barrierefreiheit und eine altengerechte Ausstattung von Wohnungen, als auch um die Frage des Wohnumfeldes. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass qualitativvolles Bauen generell auf Barrierefreiheit angelegt sein sollte. Dieses ist auch für Menschen mit Kindern wünschenswert und sollte im Wohnungsbau generell berücksichtigt werden.

Weiters ist eine schwierige Aufgabe zu bewältigen, die große Masse des Wohnungsbestands an zukünftige Erfordernisse anzupassen. Wohnungsunternehmen stehen vor der Herausforderung, Angebote für eine vielfältige Nachfrage nach differenzierten Wohnformen zu entwickeln. Sie haben die Chance, das reine Vermietungsgeschäft und die Hausverwaltung durch zusätzliche Dienstleistungsangebote zur Unterstützung des Lebens im Alter bis hin zu Pflegedienstleistungen zu erweitern. Dabei bietet sich die Kooperation mit bestehenden sozialen Diensten an. Die Wohnungsangebote müssen sich verstärkt an den Nachfragebedürfnissen orientieren. Neue Wohnformen, wie z.B. SenioreInnenwohn- oder Hausgemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen werden vermehrt nachgefragt werden. Für die Nachfragegruppe der SeniorInnen mit Migrationshintergrund bedarf es möglicherweise besonderer Angebote.

Für in ihrer Mobilität eingeschränkte ältere Menschen sind Wohnstandorte zentral in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten und anderen Angeboten des öffentlichen Lebens in durchmischten Gegenden in der Regel am geeignetsten. Vielen alten Menschen fällt es schwer, aus ihrer gewohnten Umgebung in eine mit dem Altern verbundenen Bedürfnissen angepasste Wohnung umzuziehen. Oft scheidet es auch an den finanziellen Möglichkeiten. Hier kann die kommunale SeniorInnenpolitik unterstützend tätig werden.

### **Soziales Engagement älterer Menschen**

Soziales Engagement mit der Übernahme neuer Aufgaben und sinnvoller Betätigungsfelder für aktive SeniorInnen nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, führt zu einem doppelt positiven Effekt. Einerseits hilft die Erschließung der neuen Tätigkeit bei einer neuen Lebensgestaltung und Sinnfindung in der neuen Lebensphase. Andererseits dient das Engagement dem sozialen Zusammenleben.

Die den aktiven und gesunden SeniorInnen zu Verfügung stehende Zeit wird nicht nur für mehr private Erfüllung und Verwirklichung genutzt. Es wird eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen sein, dass ältere Menschen sich noch stärker aktiv in das gesellschaftliche Leben einmischen. Die künftig alternde Generation hat die Chance, neue soziale Netze zivilgesellschaftlichen Engagements aufzubauen. Diese Netze können auch dazu dienen, eine Ergänzung zur öffentlich bereit gestellten Infrastruktur zu werden. Denn eine Infrastruktur im Gesundheitswesen, der Pflege und Altenhilfe für alle diejenigen, die nicht mehr allein dazu in der Lage sein werden, ihren Alltag zu gestalten, bedarf zivilgesellschaftlicher Unterstützung.

Mit der Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit dieser größer werdenden Personengruppe wachsen der Zusammenhalt und die Dialogfähigkeit zwischen den Generationen, z.B. in der Freizeit, im Sport, Kultur und in der Ausbildung.

Kommunalpolitik kann diesen heute bereits ablesbaren Prozess des Anstiegs des freiwilligen Engagements älterer Menschen durch ihre Aktivitäten im Sinne der genannten Netzwerkarbeit unterstützen und dieses Engagement in die Arbeit von „Freiwilligenagenturen“ einbeziehen.

## **Weiterbeschäftigung und Weiterbildung im Alter**

Nachberufliche Tätigkeiten sind für die aktiven SeniorInnen nicht nur die Möglichkeit zusätzlicher Einkommen. Der Arbeitsmarkt wird künftig auch auf neue Formen der Weiterbeschäftigung im Rentenalter angewiesen sein. Das vielfältige Wissenspotenzial der älteren ArbeitnehmerInnen bietet auch den jüngeren Generationen eine Quelle wichtiger Hilfe zur Bewältigung der vor ihnen stehenden beruflichen Anforderungen.

Das lebensbegleitende Lernen wird von den SeniorInnen schon jetzt angenommen. Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert. Interesse und Fähigkeit älterer Menschen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, wie das Internet zu nutzen, sind unterschiedlich ausgeprägt. Zugangsbarrieren sind abzubauen und Weiterbildungsangebote zu entwickeln. Internetzugang muss auch in den Kommunen angeboten werden.

## **Kommunale Handlungsfähigkeit sichern**

Um die in einer alternden Gesellschaft bestehenden kommunalen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge für ältere Menschen leisten zu können, muss auch die EU die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten und stärken. Dies kann die EU am besten sicherstellen, indem sie das Subsidiaritätsprinzip strikt einhält und einen rechtlichen Rahmen schafft, der den Kommunen, im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung, Handlungsfreiheit und Rechtssicherheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet.

Die Mitgliedsstaaten müssen weiterhin das Recht behalten, auf ihrem Territorium erbrachte Dienstleistungen zu fördern und zu kontrollieren, damit ein hohes Qualitätsniveau für die Dienstleistungserbringung sichergestellt wird. Kommunen müssen auch künftig eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie sie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst durchführen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine institutionelle oder vertragliche Öffentlich Private Partnerschaft eingehen oder an private Unternehmen vergeben möchten.

Damit die Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen sachgerecht bewältigen können, muss insbesondere ihr finanzieller Handlungsspielraum erweitert werden. Es muss der Grundsatz beachtet werden, dass es keine Aufgabenübertragung ohne Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel geben darf.

## **Solidarität zwischen den Generationen**

Die sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas sehen in der Solidarität zwischen den Generationen ein gesellschaftspolitisches Leitbild, in dem sich sowohl eine zukunftsweisende kommunale Familien-, Kinder- und Jugendpolitik als auch eine moderne kommunale Seniorenpolitik miteinander verbinden lassen. Durch einen Zugewinn an Solidarität zwischen den Generationen können die Lebensqualität in Städten und Gemeinden gesteigert und wichtige Ressourcen zur Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Anforderungen gewonnen werden

Wenn es gelingt, das aktive Potential der älteren Generation zu stärken, lassen sich nicht nur Probleme unserer älter werdenden Gesellschaft lösen, sondern wir schaffen auch die Grundlage für einen verstärkten sozialen Zusammenhalt jenseits traditioneller Bindungen.

In ihrem 2005 veröffentlichten Bericht stellt die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) den demografischen Wandel in Europa als eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts heraus. Die kommunale Ebene ist ein wichtiger Akteur, wenn es darum geht, die Herausforderungen des demografischen Wandels in Europa zu bewältigen. Durch ihre Kenntnis lokaler Bedingungen und Problemstellungen sowie durch ihre unmittelbare Nähe zu den BürgerInnen können die sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas einen wichtigen Beitrag zur Diskussion innerhalb der SPE leisten, wie der demografische Wandel in Europa sozial gerecht gestaltet werden kann.